



Justiz-Ministerial-Blatt

für Hessen

2025	Wiesbaden, den 31. Juli 2025	Nr. 8
------	------------------------------	-------

Inhaltsverzeichnis

Verwaltungsvorschriften.....	214
Neunundzwanzigster Erlass zur Änderung des Erlasses zur elektronischen Aktenführung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften	214
Verwaltungsvorschrift über die Berichtspflichten im Rahmen des Vollzugs lebenslanger Freiheitsstrafen in Hessen.	229
Bekanntmachungen	231
Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz und für den Rechtsstaat:.....	231
Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz und für den Rechtsstaat:.....	251
Bekanntmachung der Rechtsanwaltskammer Kassel:.....	251
Bekanntmachung der Rechtsanwaltskammer Kassel:.....	253
Stellenausschreibungen	255
Ordentliche Gerichtsbarkeit	255
Sozialgerichtsbarkeit	255

Verwaltungsvorschriften

Neunundzwanzigster Erlass zur Änderung des Erlasses zur elektronischen Aktenführung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften¹

Erl. d. HMdJ v. 10.07.2025 (1510 - I/A4 - 2017/17448-I/A)

I.

Die Anlage des Erlasses zur elektronischen Aktenführung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften vom 13. Januar 2023 (JMBl. S. 382), zuletzt geändert durch Erlass vom 16. Juni 2025 (JMBl. S. 207), wird wie folgt geändert:

1. Die Nr. 1.5 bis 1.5.11 werden wie folgt gefasst:

1 Nr.	2 Gericht, Staatsanwaltschaft	3 Verfahrensart	4 Datum des Beginns der elektronischen Aktenführung
„1.5	Landgericht Darmstadt	sämtliche Verfahren der Zivilkammern, der Kammern für Handelssachen und der Kammern für Baulandsachen	1. April 2023
		alle Verfahren, die nach Nr. 6.1 bei der Staatsanwaltschaft Darmstadt ab 1. März 2025 elektronisch geführt werden	1. März 2025
		alle weiteren Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die bei den Staatsanwaltschaften elektronisch geführt werden, alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die von anderen Gerichten als elektronische Akte abgegeben oder vorgelegt werden sowie Verfahren mit dem	4. August 2025

¹ Gült.-Verzeichnis Nr. 2103

		Registerzeichen „StVK“ und dem Zusatz „Vollz“	
1.5.1	Amtsgericht Bensheim	alle Verfahren mit den Registerzeichen C und H sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen	1. August 2023
		alle Verfahren mit den Registerzeichen F, FH sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und sämtliche ARG-Verfahren	1. Oktober 2024
		alle Verfahren mit den Registerzeichen X, XIV, XVII, IV, VI, M, K, L sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und Verfahren mit den Registerzeichen AR, I, II, IIA, IIB, IIT, III, J, Lw, Pk, RAST, XI, HL	1. April 2025
		alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die bei den Staatsanwaltschaften elektronisch geführt werden, alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die von anderen Gerichten als elektronische Akte abgegeben oder vorgelegt werden, alle Verfahren mit dem Registerzeichen OWi, bei denen die justizielle Verfahrensakte initial beim Amtsgericht Bensheim angelegt wird, Gs-Vorgänge, wenn keine justizielle Verfahrensakte vorgelegt wird, sowie Privatklagesachen nach	4. August 2025

		§§ 374 ff Strafprozessordnung	
1.5.2	Amtsgericht Darmstadt	alle Verfahren mit den Registerzeichen C und H sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen	1. August 2023
		alle Verfahren mit den Registerzeichen IE, IK, IN sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen	1. Februar 2024
		alle Verfahren mit den Registerzeichen F, FH sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und sämtliche ARG-Verfahren	1. März 2025
		alle Verfahren, die nach Nr. 6.1 bei der Staatsanwaltschaft Darmstadt ab 1. März 2025 elektronisch geführt werden	1. März 2025
		alle Verfahren mit den Registerzeichen X, XIV, XVII, IV, VI, M, K, L sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und Verfahren mit den Registerzeichen AR, I, II, IIA, IIB, IIT, III, J, Lw, Pk, RAST, XI, HL	1. April 2025
		alle weiteren Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die bei den Staatsanwaltschaften elektronisch geführt werden, alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die von anderen Gerichten als elektronische Akte abgegeben oder vorgelegt werden,	4. August 2025

		<p>alle Verfahren mit dem Registerzeichen OWi, bei denen die justizielle Verfahrensakte initial beim Amtsgericht Darmstadt angelegt wird,</p> <p>Gs-Vorgänge, wenn keine justizielle Verfahrensakte vorgelegt wird, sowie</p> <p>Privatklagesachen nach §§ 374 ff Strafprozessordnung</p>	
1.5.3	Amtsgericht Dieburg	alle Verfahren mit den Registerzeichen C und H sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen	1. August 2023
		alle Verfahren mit den Registerzeichen F, FH sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und sämtliche ARG-Verfahren	1. Oktober 2024
		alle Verfahren mit den Registerzeichen X, XIV, XVII, IV, VI, M, K, L sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und Verfahren mit den Registerzeichen AR, I, II, IIA, IIB, IIT, III, J, Lw, Pk, RAST, XI, HL	15. April 2025
		<p>alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die bei den Staatsanwaltschaften elektronisch geführt werden,</p> <p>alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die von anderen Gerichten als elektronische Akte abgegeben oder vorgelegt werden,</p>	4. August 2025

		<p>alle Verfahren mit dem Registerzeichen OWi, bei denen die justizielle Verfahrensakte initial beim Amtsgericht Dieburg angelegt wird,</p> <p>Gs-Vorgänge, wenn keine justizielle Verfahrensakte vorgelegt wird, sowie</p> <p>Privatklagesachen nach §§ 374 ff Strafprozessordnung</p>	
1.5.4	Amtsgericht Michelstadt	alle Verfahren mit den Registerzeichen C und H sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen	1. September 2023
		alle Verfahren mit den Registerzeichen F, FH sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und sämtliche ARG Verfahren	1. Dezember 2024
		alle Verfahren mit den Registerzeichen X, XIV, XVII, IV, VI, M, K, L sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und Verfahren mit den Registerzeichen AR, I, II, IIA, IIB, IIT, III, J, Lw, Pk, RAST, XI, HL	15. April 2025
		<p>alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die bei den Staatsanwaltschaften elektronisch geführt werden,</p> <p>alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die von anderen Gerichten als elektronische Akte abgegeben oder vorgelegt werden,</p>	4. August 2025

		<p>alle Verfahren mit dem Registerzeichen OWi, bei denen die justizielle Verfahrensakte initial beim Amtsgericht Michelstadt angelegt wird,</p> <p>Gs-Vorgänge, wenn keine justizielle Verfahrensakte vorgelegt wird, sowie</p> <p>Privatklagesachen nach §§ 374 ff Strafprozessordnung</p>	
1.5.5	Amtsgericht Langen	alle Verfahren mit den Registerzeichen C und H sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen	1. September 2023
		alle Verfahren mit den Registerzeichen F, FH sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und sämtliche ARG Verfahren	1. Dezember 2024
		alle Verfahren mit den Registerzeichen X, XIV, XVII, IV, VI, M, K, L sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und Verfahren mit den Registerzeichen AR, I, II, IIA, IIB, IIT, III, J, Lw, Pk, RAST, XI, HL	15. April 2025
		<p>alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die bei den Staatsanwaltschaften elektronisch geführt werden,</p> <p>alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die von anderen Gerichten als elektronische Akte abgegeben oder vorgelegt werden,</p>	4. August 2025

		<p>alle Verfahren mit dem Registerzeichen OWi, bei denen die justizielle Verfahrensakte initial beim Amtsgericht Langen angelegt wird,</p> <p>Gs-Vorgänge, wenn keine justizielle Verfahrensakte vorgelegt wird, sowie</p> <p>Privatklagesachen nach §§ 374 ff Strafprozessordnung</p>	
1.5.6	Amtsgericht Rüsselsheim	alle Verfahren mit den Registerzeichen C und H sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen	1. September 2023
		alle Verfahren mit den Registerzeichen F, FH sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und sämtliche ARG Verfahren	15. Dezember 2024
		alle Verfahren mit den Registerzeichen X, XIV, XVII, IV, VI, M, K, L sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und Verfahren mit den Registerzeichen AR, I, II, IIA, IIB, IIT, III, J, Lw, Pk, RAST, XI, HL	15. April 2025
		<p>alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die bei den Staatsanwaltschaften elektronisch geführt werden,</p> <p>alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die von anderen Gerichten als elektronische Akte abgegeben oder vorgelegt werden,</p>	4. August 2025

		<p>alle Verfahren mit dem Registerzeichen OWi, bei denen die justizielle Verfahrensakte initial beim Amtsgericht Rüsselsheim angelegt wird,</p> <p>Gs-Vorgänge, wenn keine justizielle Verfahrensakte vorgelegt wird, sowie</p> <p>Privatklagesachen nach §§ 374 ff Strafprozessordnung</p>	
1.5.7	Amtsgericht Fürth	alle Verfahren mit den Registerzeichen C und H sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen	1. September 2023
		alle Verfahren mit den Registerzeichen F, FH sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und sämtliche ARG Verfahren	1. Februar 2025
		alle Verfahren mit den Registerzeichen X, XIV, XVII, IV, VI, M, K, L sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und Verfahren mit den Registerzeichen AR, I, II, IIA, IIB, IIT, III, J, Lw, Pk, RAST, XI, HL	1. April 2025
		<p>alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die bei den Staatsanwaltschaften elektronisch geführt werden,</p> <p>alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die von anderen Gerichten als elektronische Akte abgegeben oder vorgelegt werden,</p>	4. August 2025

		<p>alle Verfahren mit dem Registerzeichen OWi, bei denen die justizielle Verfahrensakte initial beim Amtsgericht Fürth angelegt wird,</p> <p>Gs-Vorgänge, wenn keine justizielle Verfahrensakte vorgelegt wird, sowie</p> <p>Privatklagesachen nach §§ 374 ff Strafprozessordnung</p>	
1.5.8	Amtsgericht Groß-Gerau	alle Verfahren mit den Registerzeichen C und H sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen	1. September 2023
		alle Verfahren mit den Registerzeichen F, FH sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und sämtliche ARG Verfahren	1. Februar 2025
		alle Verfahren mit den Registerzeichen X, XIV, XVII, IV, VI, M, K, L sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und Verfahren mit den Registerzeichen AR, I, II, IIA, IIB, IIT, III, J, Lw, Pk, RAST, XI, HL	15. April 2025
		<p>alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die bei den Staatsanwaltschaften elektronisch geführt werden,</p> <p>alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die von anderen Gerichten als elektronische Akte abgegeben oder vorgelegt werden,</p>	4. August 2025

		<p>alle Verfahren mit dem Registerzeichen OWi, bei denen die justizielle Verfahrensakte initial beim Amtsgericht Groß-Gerau angelegt wird,</p> <p>Gs-Vorgänge, wenn keine justizielle Verfahrensakte vorgelegt wird, sowie</p> <p>Privatklagesachen nach §§ 374 ff Strafprozessordnung</p>	
1.5.9	Amtsgericht Lampertheim	alle Verfahren mit den Registerzeichen C und H sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen	1. September 2023
		in allen Verfahren mit den Registerzeichen F, FH sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und für sämtliche ARG Verfahren	1. Februar 2025
		alle Verfahren mit den Registerzeichen X, XIV, XVII, IV, VI, M, K, L sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und Verfahren mit den Registerzeichen AR, I, II, IIA, IIB, IIT, III, J, Lw, Pk, RAST, XI, HL	15. April 2025
		<p>alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die bei den Staatsanwaltschaften elektronisch geführt werden,</p> <p>alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die von anderen Gerichten als elektronische Akte abgegeben oder vorgelegt werden,</p>	4. August 2025

		<p>alle Verfahren mit dem Registerzeichen OWi, bei denen die justizielle Verfahrensakte initial beim Amtsgericht Lampertheim angelegt wird,</p> <p>Gs-Vorgänge, wenn keine justizielle Verfahrensakte vorgelegt wird, sowie</p> <p>Privatklagesachen nach §§ 374 ff Strafprozessordnung</p>	
1.5.10	Amtsgericht Seligenstadt	alle Verfahren mit den Registerzeichen C und H sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen	1. Oktober 2023
		alle Verfahren mit den Registerzeichen F, FH sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und sämtliche ARG Verfahren	15. Dezember 2024
		alle Verfahren mit den Registerzeichen X, XIV, XVII, IV, VI, M, K, L sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und Verfahren mit den Registerzeichen AR, I, II, IIA, IIB, IIT, III, J, Lw, Pk, RAST, XI, HL	1. Mai 2025
		<p>alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die bei den Staatsanwaltschaften elektronisch geführt werden,</p> <p>alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die von anderen Gerichten als elektronische Akte abgegeben oder vorgelegt werden,</p>	4. August 2025

		<p>alle Verfahren mit dem Registerzeichen OWi, bei denen die justizielle Verfahrensakte initial beim Amtsgericht Seligenstadt angelegt wird,</p> <p>Gs-Vorgänge, wenn keine justizielle Verfahrensakte vorgelegt wird, sowie</p> <p>Privatklagesachen nach §§ 374 ff Strafprozessordnung</p>	
1.5.11	Amtsgericht Offenbach	alle Verfahren mit den Registerzeichen C, H, IE, IK, IN und mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen	1. März 2024
		alle Verfahren mit den Registerzeichen F, FH sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und sämtliche ARG Verfahren	1. Dezember 2024
		alle Verfahren mit den Registerzeichen X, XIV, XVII, IV, VI, M, K, L sowie mit diesen Verfahrensarten im Zusammenhang stehende AR-Sachen und Verfahren mit den Registerzeichen AR, I, II, IIA, IIB, IIT, III, J, Lw, Pk, RAST, XI, HL	15. April 2025
		<p>alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die bei den Staatsanwaltschaften elektronisch geführt werden,</p> <p>alle Verfahren aus dem Bereich des Strafrechts und der Ordnungswidrigkeiten, die von anderen Gerichten als elektronische Akte abgegeben oder vorgelegt werden,</p>	4. August 2025“

		<p>alle Verfahren mit dem Registerzeichen OWi, bei denen die justizielle Verfahrensakte initial beim Amtsgericht Offenbach angelegt wird,</p> <p>Gs-Vorgänge, wenn keine justizielle Verfahrensakte vorgelegt wird, sowie</p> <p>Privatklagesachen nach §§ 374 ff Strafprozessordnung“</p>	
--	--	--	--

2. Nach Nr. 6 werden als Nr. 6.01 und 6.02 eingefügt:

1 Nr.	2 Gericht, Staatsanwaltschaft	3 Verfahrensart	4 Datum des Beginns der elektronischen Aktenführung
„6.01	Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main Abteilungen III und V	alle weiteren Verfahren, die bei den Staatsanwaltschaften oder Gerichten elektronisch geführt werden; ausgenommen sind Verfahren, die bereits nach der Anlage zu § 7 Abs. 1 Satz 1 der Justiz-Informationstechnik-Verordnung bei den dort genannten Dienststellen elektronisch zu führen sind und die bei der aktenführenden Staatsanwaltschaft vor dem Stichtag eingetragen wurden, der für die betreffende Staatsanwaltschaft für die übrigen Verfahren in der vorliegenden Anlage genannt ist;	4. August 2025
6.02	Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main Abteilung VI - Zentralstelle zur Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität („ZIT“) und	Verfahren, die bei der jeweiligen Staatsanwaltschaft, für die die ZIT oder die ER die Amtsverrichtungen nach § 145 Abs. 1 des	4. August 2025“

	Abteilung VII - Eingreifreserve („ER“)	Gerichtsverfassungsgesetzes übernimmt, elektronisch geführt werden“	
--	---	---	--

3. Nr. 6.1 wird wie folgt gefasst:

1 Nr.	2 Gericht, Staatsanwaltschaft	3 Verfahrensart	4 Datum des Beginns der elektronischen Aktenführung
„6.1	Staatsanwaltschaft Darmstadt einschließlich der Zweigstelle Offenbach und des Hauses des Jugendrechts Of- fenbach	Verfahren mit dem Re- gisterzeichen 1500 Js, wenn die Behördenlei- tung die elektronische Aktenführung anordnet, nach dem Anhang zu dieser Anlage	1. November 2023
		Verfahren wegen Ein- sprüchen gegen Buß- geldbescheide des Re- gierungspräsidiums Kassel nach den §§ 24 bis 24c des Straßenver- kehrsgesetzes, soweit im gerichtlichen Verfah- ren das Amtsgericht Darmstadt zuständig ist	1. März 2025
		alle weiteren Verfahren mit Ausnahme von a) Rechtshilfeangele- genheiten, b) Verfahren, die initial von aa) Behörden der Fi- nanzverwal- tung, bb) der Bundespoli- zei, cc) Behörden des Zolls oder dd) dem Bundeskri- minalamt vorgelegt werden, c) Vorgängen oder Strafanzeigen, die von Dritten vorgelegt werden und bei de- nen zum Zeitpunkt der Eintragung	4. August 2025“

		<p>feststeht, dass eine der unter b) genannten Ermittlungsbehörden für die Ermittlungen zuständig sein wird,</p> <p>d) Verfahren mit den Registerzeichen 97 UJs sowie 98 UJs, wenn sie vor dem 25. Juni 2025 bei der Staatsanwaltschaft eingegangen sind,</p> <p>e) Verfahren, die zum Zeitpunkt der Eintragung Dokumente enthalten, welche als VS NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH nach § 2 Abs. 2 Nr. 4 des Hessischen Sicherheitsüberprüfungs- und Verschlusssachengesetzes vom 19. Dezember 2014 (GVBl. S. 364), geändert durch Gesetz vom 11. Dezember 2019 (GVBl. S. 406), eingestuft sind;</p> <p>f) Dokumenten, welche als VS NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH nach § 2 Abs. 2 Nr. 4 des Hessischen Sicherheitsüberprüfungs- und Verschlusssachengesetzes eingestuft sind und die zu einem späteren Zeitpunkt zur Akte gelangen.“</p>	
--	--	---	--

4. Der Anlage wird folgender Anhang angefügt:

„Anhang zu Nr. 6.1 der Anlage

Verfahren, für die die Behördenleitung der Staatsanwaltschaft Darmstadt die elektronische Aktenführung angeordnet hat, sind:“

II.

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 1. August 2025 in Kraft.

Wiesbaden, den 10. Juli 2025

Der Hessische Minister der Justiz
und für den Rechtsstaat

Heinz

Verwaltungsvorschrift über die Berichtspflichten im Rahmen des Vollzugs lebenslanger Freiheitsstrafen in Hessen.²

Erl. d. HMdJ v. 16.07.2025 (4310 - III/8 - 2025/5187-III/A)

§ 1

In Strafsachen, in denen rechtskräftig auf lebenslange Freiheitsstrafe erkannt wurde, ist zu berichten

1. bei Einleitung der Vollstreckung durch Übersendung einer Urteilsablichtung mit Rechtskraftvermerk sowie einer aktuellen Strafzeitberechnung unter Angabe des Beginns der Strafhaft und der Dauer der verbüßten Untersuchungshaft (von.....bis.....),
2. im Verlauf der Vollstreckung, sobald
 - a) hinsichtlich des Zeitpunkts der frühestmöglichen bedingten Entlassung der verurteilten Person nach den §§ 57, 57a des Strafgesetzbuches eine Änderung eingetreten ist, unter Beifügung einer aktualisierten Strafzeitberechnung,
 - b) die verurteilte Person einen Antrag nach § 57a des Strafgesetzbuches gestellt hat, unter Angabe des Datums der Antragstellung, oder das Verfahren nach § 57a des Strafgesetzbuches von Amts wegen eingeleitet wird,

² Gült.-Verzeichnis Nr. 245

- c) eine rechtskräftige Entscheidung nach § 57a des Strafgesetzbuches ergangen ist, unter Beifügung einer Ablichtung der gerichtlichen Entscheidung mit Rechtskraftvermerk,
 - d) ein nach § 57a des Strafgesetzbuches zur Bewährung ausgesetzter Strafreist rechtskräftig erlassen ist, durch Übersendung einer Ablichtung der gerichtlichen Entscheidung mit Rechtskraftvermerk,
 - e) sich die Vollstreckung auf andere Weise erledigt hat,
- 3. nach bedingter Entlassung nach § 57a des Strafgesetzbuches, wenn gegen die verurteilte Person ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wird, unter Angabe der zuständigen Strafverfolgungsbehörde,
 - 4. nach Widerruf einer bedingten Strafaussetzung zur Bewährung nach § 57a des Strafgesetzbuches durch Übersendung einer Ablichtung der Widerrufsentscheidung mit Rechtskraftvermerk.

§ 2

Dieser Runderlass tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Bekanntmachungen

Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz und für den Rechtsstaat:

Übersicht über den Geschäftsanfall in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, bei den Staatsanwaltschaften,
in der Verwaltungs-, der Finanz-, der Arbeits- und der Sozialgerichtsbarkeit in Hessen im Jahr 2024.

(1441 - Z/A3 - 2025/12654 - Z/A2)

(letzte Übersicht für 2023 in JMBl. 2024 S. 268)

	2022	2023	2024
Amtsgerichte			
A Zivilsachen (ohne Familiensachen)			
I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten			
1. Mahnsachen	449.881	429.312	538.008
2. Zivilprozesssachen			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	65.102	67.106	70.389
Erledigungen	61.922	67.730	66.174
Unerledigt am Jahresende	39.699	39.088	43.307
b) Erledigte Verfahren	61.922	67.730	66.174
aa) Erledigte Verfahren nach der Art			
Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	8	5	7
	0,0%	0,0%	0,0%
Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf			
Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf			
Grund eines Vollstreckungsvertrages	70	81	83
	0,1%	0,1%	0,1%
Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	1.143	1.145	1.142
	1,8%	1,7%	1,7%
Klageverfahren	58.525	64.507	63.241
	94,5%	95,2%	95,6%
Klagen im Verfahren für geringfügige Forderungen -			
small claims -	138	142	60
	0,2%	0,2%	0,1%
Verfahren über vorläufige Kontenpfändung nach der VO			
(EU) Nr. 655/2014	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
sonstige zur Zuständigkeit des Prozessgerichts gehö-			
rende Verfahren	2.038	1.850	1.641
	3,3%	2,7%	2,5%
bb) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
Nachbarschaftssachen	372	340	276
	0,6%	0,5%	0,4%
Schuldrechtsanpassungs- und Bodenrechtssachen der			
neuen Länder	2	8	7
	0,0%	0,0%	0,0%
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsa-			
chen)	337	291	255
	0,5%	0,4%	0,4%
Verkehrsunfallsachen	8.297	7.551	6.953
	13,4%	11,1%	10,5%
Wohnungsmietsachen	13.717	13.974	14.230
	22,2%	20,6%	21,5%
sonstige Mietsachen	1.122	1.094	1.037
	1,8%	1,6%	1,6%
Kaufsachen	9.813	9.776	10.562
	15,8%	14,4%	16,0%
Arzthaftungssachen	85	95	95

	0,1%	0,1%	0,1%
Reisevertragssachen	1.387	1.141	678
	2,2%	1,7%	1,0%
Kredit-/Leasingsachen	1.153	1.178	1.149
	1,9%	1,7%	1,7%
Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	1.576	1.527	1.457
	2,5%	2,3%	2,2%
gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	155	130	101
	0,3%	0,2%	0,2%
Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	2.116	2.017	1.905
	3,4%	3,0%	2,9%
Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	264	179	165
	0,4%	0,3%	0,2%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Abs. 2 WEG	1.464	1.277	1.319
	2,4%	1,9%	2,0%
Wohnungseigentumssachen betreffend Klagen Dritter	67	31	30
	0,1%	0,0%	0,0%
Fluggastrechtesachen	8.944	15.618	15.081
	14,4%	23,1%	22,8%
sonstiger Verfahrensgegenstand	11.051	11.503	10.874
	17,8%	17,0%	16,4%
3. Verteilungsverfahren	13	12	11
4. Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen	1.685	1.949	2.084
5. Zwangsverwaltungen	121	138	101
6. Vollstreckungssachen	147.680	160.514	173.817
7. Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	543	492	451
II. Insolvenzverfahren und Restrukturierungssachen			
1. Anträge auf Eröffnung des			
a) Insolvenzverfahrens (IN)	4.741	5.525	6.520
b) Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahrens (IK)	5.572	5.364	5.758
c) Insolvenzverfahrens nach ausländischem Recht (§§ 343 bis 353 InsO), Partikulationsverfahren (§§ 354 bis 358 InsO), Verfahren nach europäischem Recht und Koordinationsverfahren (IE)	12	8	5
2. Eröffnete			
a) Insolvenzverfahren (IN)	1.907	2.000	2.380
b) Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahren (IK)	5.345	4.966	5.492
c) Insolvenzverfahrens nach ausländischem Recht (§§ 343 bis 353 InsO), Partikulationsverfahren (§§ 354 bis 358 InsO), Verfahren nach europäischem Recht und Koordinationsverfahren (IE)	4	2	0
3. Anträge auf Versagung oder Widerruf der Restschuldbefreiung	325	331	263
4. Restrukturierungssachen (RES)	0	3	11
5. Vorgespräch nach § 10a Absatz 1 InsO (AR VOR)	2	2	4
III. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit			
1. Grundbuchsachen (eingereichte Urkunden und Unrichtigkeitsnachweise)			
a) Begründung und Veränderung von Eigentum, Veränderung der Berechtigung am Erbbaurecht	144.315	139.618	131.932
b) Eintragung/Veränderung/Löschung von Rechten in Abt. II und III	240.743	205.542	208.690
c) Begründung, Aufteilung und Veränderung von Wohnungs- und Teileigentum sowie von Erbbaurechten	4.422	3.791	3.992
2. Landwirtschaftssachen	61	70	53
			232

3. Registersachen (Eintragungen am Jahresende)			
a) eingetragene Vereine	51.239	51.392	51.717
b) In das Handelsregister eingetragene Einzelkaufleute, juristische Personen, offene Handels- gesellschaften, Kommanditgesellschaften, Europäische wirt- schaftliche Interessenvereinigungen und Rechtsformen aus- ländischen Rechts (HRA)	37.105	37.139	37.246
Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien	1.600	1.547	1.501
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	122.778	126.947	131.038
Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	9	9	8
eingetragene Europäische Aktiengesellschaften (SE)	95	101	110
eingetragene Rechtsformen ausländischen Rechts (HRB)	1.004	984	963
c) eingetragene Genossenschaften	546	557	567
d) eingetragene Partnerschaftsgesellschaften	1.396	1.418	1.440
e) eingetragene Seeschiffe	228	233	233
f) eingetragene Binnenschiffe	252	251	208
4. Vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten			
a) Am Jahresende anhängige Vormundschaften, Pflegschaften des Vormundschaftsgerichts	29	---	---
b) Pflegschaften des Betreuungsgerichts	398	417	438
c) Am Jahresende anhängige Betreuungen	98.440	97.792	97.392
d) Betreuungsverfahren wurden anhängig	29.052	26.324	26.347
5. Freiheitsentziehungen und Unterbringungssachen			
a) Unterbringungssachen nach § 312 Nr. 1 bis 3 FamFG	11.526	10.190	10.458
b) Unterbringungssachen nach § 312 Nr. 4 FamFG	11.718	12.295	12.673
c) Freiheitsentziehungen nach § 415 Abs. 1 FamFG darunter Abschiebehaftsachen (ab 2022 Zurückweisungshaft § 15 Absatz 5 AufenthG, Zurückschiebungshaft § 57 Absatz 3 AufenthG, Vorbereitungshaft § 62 Absatz 2 AufenthG, Siche- rungshaft § 62 Absatz 3 AufenthG und Mitwirkungshaft § 62 Absatz 6 AufenthG)	1.184	1.143	1.471
d) Freiheitsentziehungen nach den Polizeigesetzen der Länder	2.210	2.271	2.267
6. Verfügungen von Todes wegen, Nachlass- und Teilungssachen			
a) Testamentssachen (IV)	42.447	44.861	43.949
b) Sonstige Nachlasssachen (VI)	63.217	53.213	50.598
7. Gerichtliche Urkunden, Standesamtssachen			
a) Angelegenheiten der Beratungshilfe	28.900	27.338	24.233
b) Sonstige Handlungen und Entscheidungen der freiwilligen Ge- richtsbarkeit außerhalb eines anhängigen Verfahrens darunter Anträge auf Todeserklärung und Feststellung der To- deszeit	3.171	6.190	7.253
c) Standesamtssachen	3	3	2
IV. Hinterlegungssachen	348	358	332
	5.046	4.857	7.541
B Familiensachen			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	41.322	40.431	41.217
Erledigungen	41.559	40.571	39.620
Unerledigt am Jahresende	28.371	28.246	29.843
b) Erledigte Verfahren	41.559	40.571	39.620
davon waren			
Verfahren über abgetrennte Folgesachen	529	484	431
	1,3%	1,2%	1,1%
Verfahren nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz	67	47	37
	0,2%	0,1%	0,1%
Familiensachen	32.518	31.500	30.294
	78,2%	77,6%	76,5%
Einstweilige Anordnungen	8.443	8.540	8.858
	20,3%	21,0%	22,4%
Abhilfeverfahren	2	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%

c) Mit den erledigten Verfahren waren an Verfahrensgegenständen insgesamt anhängig	55.892	54.577	52.534
davon waren			
Scheidung	12.113	11.572	11.072
	21,7%	21,2%	21,1%
andere Ehesachen	16	26	22
	0,0%	0,0%	0,0%
elterliche Sorge	11.998	11.803	11.221
	21,5%	21,6%	21,4%
Umgangsrecht (auch § 165 FamFG)	4.112	4.188	4.342
	7,4%	7,7%	8,3%
Kindesherausgabe	246	267	257
	0,4%	0,5%	0,5%
Unterhalt für das Kind	3.095	2.898	2.634
	5,5%	5,3%	5,0%
sonstige Unterhaltssachen (auch nach §§ 1615I, 1615m BGB)	67	63	35
	0,1%	0,1%	0,1%
Unterhalt für den Ehegatten/Lebenspartner	2.075	1.829	1.609
	3,7%	3,4%	3,1%
Versorgungsausgleich	12.042	11.684	11.040
	21,5%	21,4%	21,0%
Ehewohnung und/oder Haushalt	704	757	676
	1,3%	1,4%	1,3%
Güterrechtssache	1.090	1.016	872
	2,0%	1,9%	1,7%
Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung nach § 1 GewSchG	3.303	3.487	3.680
	5,9%	6,4%	7,0%
Wohnungsüberlassung nach § 2 GewSchG	405	466	501
	0,7%	0,9%	1,0%
Unterbringungen und freiheitsentziehende Maßnahmen nach § 1631b BGB	1.269	1.602	1.968
	2,3%	2,9%	3,7%
Unterbringung, freiheitsentziehende Maßnahmen und ärztliche Zwangsmaßnahmen nach § 151 Nr. 7 FamFG	249	211	233
	0,4%	0,4%	0,4%
Behandlung von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung nach § 1631e Absatz 3 BGB	---	1	6
	---	0,0%	0,0%
sonstige Kindschaftssache	639	478	254
	1,1%	0,9%	0,5%
Abstammungssache	710	644	613
	1,3%	1,2%	1,2%
Adoptionssache	989	885	910
	1,8%	1,6%	1,7%
Versagung der Anerkennung einer Entscheidung nach Artikel 40 der VO (EU) Nummer 2019/1111 / Versagung der Vollstreckung einer Entscheidung nach Artikel 59 der VO (EU) Nummer 2019/1111	---	4	3
	---	0,0%	0,0%
Aufhebung/Feststellung der Lebenspartnerschaft nach § 269 Abs. 1 Nr. 1 und 2 FamFG	64	44	35
	0,1%	0,1%	0,1%
sonstige Familiensache nach § 266 FamFG	464	419	370
	0,8%	0,8%	0,7%
weitere Familiensache	242	233	179
	0,4%	0,4%	0,3%
auf ein erledigtes Verfahren entfielen an Verfahrensgegenständen im Durchschnitt	1,34	1,30	1,30
d) Geschäftsanfall in Vormundschafts- und Pflegschaftsverfahren des Familiengerichts			

Am Jahresende anhängige Vormundschaften, Pflegschaften	8.535	9.525	9.475
C Strafsachen			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	32.841	33.857	32.090
Erledigungen	32.968	33.822	32.429
Unerledigt am Jahresende	15.325	15.365	15.016
b) Erledigte Verfahren	32.968	33.822	32.429
davon waren			
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft zuungunsten des Beschuldigten	38 0,1%	20 0,1%	34 0,1%
zu gunsten des Beschuldigten	15 0,0%	25 0,1%	30 0,1%
Zurückverweisung durch die Rechtsmittelinstanz	3 0,0%	0 0,0%	1 0,0%
Eröffnungen des Hauptverfahrens durch ein Gericht höherer Ordnung	1 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Vorlagen/Verweisungen durch ein Gericht niederer Ordnung	3 0,0%	5 0,0%	3 0,0%
in ein Strafverfahren übergegangene Bußgeldverfahren	24 0,1%	21 0,1%	23 0,1%
Anklagen	22.379 67,9%	22.935 67,8%	21.859 67,4%
Anträge auf Aburteilung im beschleunigten Verfahren (§ 417 StPO)	543 1,6%	561 1,7%	521 1,6%
Anträge auf Entscheidung im vereinfachten Jugendverfahren	208 0,6%	225 0,7%	198 0,6%
Anberaumung der Hauptverhandlung statt Erlass des Strafbefehls (§ 408 Abs. 3 StPO)	96 0,3%	123 0,4%	115 0,4%
Einsprüche gegen einen von der Staatsanwaltschaft beantragten Strafbefehl	9.394 28,5%	9.653 28,5%	9.330 28,8%
Einsprüche gegen einen von der Finanzbehörde beantragten Strafbefehl	149 0,5%	122 0,4%	126 0,4%
Privatklagen	49 0,1%	36 0,1%	40 0,1%
Anträge auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens (§ 413 StPO, §§ 39, 40 JGG)	20 0,1%	16 0,0%	13 0,0%
Nachverfahren (§ 433 StPO)	27 0,1%	34 0,1%	67 0,2%
Antrag auf Einleitung eines selbständigen Einziehungsverfahrens (§§ 435, 444 Abs. 3 StPO, § 401 AO)	19 0,1%	46 0,1%	69 0,2%
c) Geschäftsanfall ausgewählter Verfahren			
1. Anträge auf Erlass von Strafbefehlen	39.877	40.141	39.839
2. Richterliche Entscheidungen in Haftsachen	7.658	7.862	7.832
3. Sonstige richterliche Maßnahmen	74.233	72.748	75.088
D Bußgeldverfahren			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	26.506	28.243	28.342
Erledigungen	28.348	28.475	27.884
Unerledigt am Jahresende	7.823	7.591	8.052
b) Geschäftsanfall ausgewählter Verfahren			
1. Erzwingungshaftanträge	11.081	12.139	11.354
2. Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 25a Abs. 3 StVG	793	960	828

3.	Sonstige Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörde	631	738	780
4.	Sonstige Anträge und Entscheidungen nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	1.545	1.294	1.420
E	Rechtshilfesachen			
	(in der freiwilligen Gerichtsbarkeit)			
	Ersuchen an das Amtsgericht	3.245	2.619	3.044
	Ersuchen an die Geschäftsstelle	2.276	1.777	1.813
	Landgerichte			
A	Zivilsachen			
I.	Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in erster Instanz			
a)	Geschäftsentwicklung:			
	Eingänge	24.069	26.437	26.602
	Erledigungen	26.156	23.836	27.940
	davon durch die			
	Zivilkammer	24.447	22.336	26.272
	Kammer für Handelssachen	1.699	1.489	1.664
	Kammer für Baulandsachen	10	11	4
	Entschädigungskammer	0	0	0
	Wiedergutmachungskammer	0	0	0
	Unerledigt am Jahresende	30.170	32.770	31.432
b)	Erledigte Verfahren	26.156	23.836	27.940
aa)	Erledigte Verfahren nach der Art			
	Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	1	0	0
		0,0%	0,0%	0,0%
	Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungsvertrages	33	20	46
		0,1%	0,1%	0,2%
	Verfahren über vorläufige Kontenpfändung nach der VO (EU) Nr. 655/2014	0	4	2
		0,0%	0,0%	0,0%
	Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	1.054	1.007	1.058
		4,0%	4,2%	3,8%
	Klageverfahren	24.738	22.559	26.581
		94,6%	94,6%	95,1%
	sonstige zur Zuständigkeit des Prozessgerichts gehörende Verfahren	330	246	253
		1,3%	1,0%	0,9%
bb)	Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
	Zivilkammern			
	Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	2.237	2.149	2.631
		8,6%	9,0%	9,4%
	Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	374	374	337
		1,4%	1,6%	1,2%
	Auseinandersetzungen von Gesellschaften	30	33	26
		0,1%	0,1%	0,1%
	sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (ohne Auseinandersetzungen von Gesellschaften)	92	86	67
		0,4%	0,4%	0,2%
	gewerblicher Rechtsschutz	574	484	416
		2,2%	2,0%	1,5%
	Miet-/Kredit-/Leasingsachen	2.762	2.815	3.119
		10,6%	11,8%	11,2%
	Verkehrsunfallsachen	2.234	2.548	3.173
		8,5%	10,7%	11,4%
	Kaufsachen	1.859	1.712	1.969
		7,1%	7,2%	7,0%
	Arzthaftungssachen	750	689	666
				236

	2,9%	2,9%	2,4%
Reisevertragssachen	124	133	117
	0,5%	0,6%	0,4%
Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsentschädigung)	609	405	1.125
	2,3%	1,7%	4,0%
Sachenrechtsbereinigung und Boden-/Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Wohnungseigentumssachen betreffend Klagen Dritter	5	6	4
	0,0%	0,0%	0,0%
Kapitalanlagesachen	463	323	177
	1,8%	1,4%	0,6%
Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	2.110	1.703	1.786
	8,1%	7,1%	6,4%
technische Schutzrechte	32	43	37
	0,1%	0,2%	0,1%
Kartellsachen	17	10	14
	0,1%	0,0%	0,1%
Fluggastrechtesachen	38	67	64
	0,1%	0,3%	0,2%
Auskunftsrechtliche Anordnung nach § 101 Abs. 9 UrhG	1	1	1
	0,0%	0,0%	0,0%
sonstiger Verfahrensgegenstand	10.136	8.755	10.543
	38,8%	36,7%	37,7%
Kammern für Handelssachen			
Handelsvertretersachen	29	21	22
	0,1%	0,1%	0,1%
gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	169	145	150
	0,6%	0,6%	0,5%
Bausachen	112	100	102
	0,4%	0,4%	0,4%
Markensachen	40	31	24
	0,2%	0,1%	0,1%
Wettbewerbssachen	285	244	285
	1,1%	1,0%	1,0%
Kartellsachen	10	4	13
	0,0%	0,0%	0,0%
Verfahren nach dem SpruchG	103	15	31
	0,4%	0,1%	0,1%
sonstiger Verfahrensgegenstand	951	929	1.037
	3,6%	3,9%	3,7%
c) Erledigungen der Zivilkammern	24.447	22.336	26.272
davon waren im Zeitpunkt der Erledigung anhängig			
bei dem Einzelrichter	21.420	19.414	22.402
	87,6%	86,9%	85,3%
bei der Kammer	3.027	2.922	3.870
	12,4%	13,1%	14,7%
II. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	2.869	2.506	2.275
Erledigungen	3.070	2.678	2.458
davon durch die			
Zivilkammer	3.062	2.673	2.458
Kammer für Handelssachen	8	5	0
Unerledigt am Jahresende	2.131	1.958	1.773
b) Erledigte Verfahren	3.070	2.678	2.458
davon waren			
aa) Erledigte Verfahren nach der Art			
Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	0	1	1
	0,0%	0,0%	0,0%

Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen, Berufungen gegen Urteile auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils	34 1,1%	37 1,4%	39 1,6%
Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	14 0,5%	3 0,1%	7 0,3%
Berufungsverfahren	3.013 98,1%	2.620 97,8%	2.396 97,5%
sonstige zur Zuständigkeit des Berufungsgerichts gehörende Verfahren	9 0,3%	17 0,6%	15 0,6%
bb) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
Zivilkammern			
Wohnungsmietsachen	573 18,7%	503 18,8%	514 20,9%
sonstige Mietsachen	97 3,2%	65 2,4%	54 2,2%
Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	111 3,6%	91 3,4%	99 4,0%
Verkehrsunfallsachen	397 12,9%	348 13,0%	262 10,7%
Kaufsachen	114 3,7%	121 4,5%	95 3,9%
Arzthaftungssachen	29 0,9%	20 0,7%	30 1,2%
Nachbarschaftssachen	32 1,0%	25 0,9%	24 1,0%
Reisevertragssachen	202 6,6%	124 4,6%	78 3,2%
Kredit-/Leasingsachen	27 0,9%	37 1,4%	21 0,9%
Schuldrechtsanpassungs- und Bodenrechtssachen der neuen Länder	2 0,1%	1 0,0%	1 0,0%
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	52 1,7%	43 1,6%	30 1,2%
gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	1 0,0%	4 0,1%	2 0,1%
Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	3 0,1%	1 0,0%	3 0,1%
Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	31 1,0%	27 1,0%	18 0,7%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Abs. 2 WEG	195 6,4%	165 6,2%	157 6,4%
Wohnungseigentumssachen betreffend Klagen Dritter	2 0,1%	0 0,0%	1 0,0%
Fluggastrechtesachen	86 2,8%	75 2,8%	60 2,4%
sonstiger Verfahrensgegenstand	1.108 36,1%	1.023 38,2%	1.009 41,0%
Kammern für Handelssachen			
Handelsvertretersachen	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Bausachen	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
sonstiger Verfahrensgegenstand	8 0,0%	5 0,0%	0 0,0%

	0,3%	0,2%	0,0%
III. Beschwerden			
Eingänge	4.602	4.436	4.231
B Strafsachen			
I. Strafsachen in erster Instanz			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.119	1.097	1.081
Erledigungen	1.031	1.113	1.109
Unerledigt am Jahresende	1.060	1.043	1.014
b) Erledigte Verfahren	1.031	1.113	1.109
darunter waren			
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft	16	17	13
	1,6%	1,5%	1,2%
Zurückverweisungen durch die Rechtsmittelinstanz	52	41	71
	5,0%	3,7%	6,4%
Anklagen	766	825	836
	74,3%	74,1%	75,4%
Vorlagen oder Verweisungen durch ein Gericht niederer Ordnung	71	85	81
	6,9%	7,6%	7,3%
Anträge auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens	115	131	99
	11,2%	11,8%	8,9%
II. Strafsachen in der Berufungsinstanz			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	2.190	2.146	2.092
Erledigungen	2.082	2.079	2.057
Unerledigt am Jahresende	1.189	1.255	1.290
b) Erledigte Verfahren	2.082	2.079	2.057
davon waren			
Berufungen in Privatklageverfahren	5	17	17
	0,2%	0,8%	0,8%
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft	2	7	8
	0,1%	0,3%	0,4%
durch die Rechtsmittelinstanz zurückverwiesene Verfahren	14	14	28
	0,7%	0,7%	1,4%
Berufungen in Officialverfahren	1.875	1.879	1.870
	90,1%	90,4%	90,9%
Annahmeberufungen in Officialverfahren	186	162	134
	8,9%	7,8%	6,5%
III. Beschwerden in Strafsachen			
Eingänge	2.416	2.553	2.586
IV. Strafvollstreckungssachen			
1. Verfahren vor der (kleinen) Strafvollstreckungskammer	5.441	5.340	5.274
2. Verfahren vor der (großen) Strafvollstreckungskammer	924	926	1.014
Staatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main			
A Geschäfte der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte			
I. Anzeigesachen (ohne Verfahren gegen unbekannte Täter und Bußgeldsachen)			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	211.042	222.129	207.580
Erledigungen	201.467	216.297	206.412
Unerledigt am Jahresende	57.764	63.594	64.764
II. Anzeigen gegen unbekannte Täter	91.238	100.326	100.374
III. Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	1.104	631	798
B Geschäfte der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte			
I. Anzeigesachen (ohne Verfahren gegen unbekannte Täter und Bußgeldsachen)			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	196.824	209.158	210.704
Erledigungen	191.789	203.825	211.809

Unerledigt am Jahresende	38.911	44.242	43.137
II. Anzeigen gegen unbekannte Täter	121.163	117.463	126.357
III. Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	25.702	28.362	27.720
C Strafvollstreckung			
I. Zahl der Personen, gegen die eine Vollstreckung eingeleitet wurde	54.668	56.236	53.910
II. Abwendung der Ersatzfreiheitsstrafe			
1. Zahl der Personen, welche die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe ganz oder teilweise durch unentgeltliche gemeinnützige Tätigkeit abgewendet haben	850	825	954
2. Zahl der Tage der Ersatzfreiheitsstrafe, deren Vollstreckung durch unentgeltliche gemeinnützige Tätigkeit abgewendet wurde	40.416	38.383	30.373
D Andere Geschäfte der Staats-(Amts-)anwaltschaften			
Gnadensachen	167	148	3.960
Rechtshilfesachen einschl. Auslieferungssachen	5.923	6.224	5.775
Oberlandesgericht			
A Zivilsachen (ohne Familiensachen)			
I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	6.274	4.805	3.958
Erledigungen	5.684	5.436	5.465
Unerledigt am Jahresende	7.612	6.982	5.475
b) Erledigte Verfahren	5.684	5.436	5.465
aa) Erledigte Verfahren nach der Art			
Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	0	1	1
	0,0%	0,0%	0,0%
Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen, Berufungen gegen Urteile auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils	0	1	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	61	63	67
	1,1%	1,2%	1,2%
Berufungsverfahren	5.618	5.367	5.393
	98,8%	98,7%	98,7%
sonstige zur Zuständigkeit des Berufungsgerichts gehörende Verfahren	5	4	3
	0,1%	0,1%	0,1%
bb) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	328	291	282
	5,8%	5,4%	5,2%
Arzthaftungssachen	193	147	117
	3,4%	2,7%	2,1%
Auseinandersetzung von Gesellschaften	21	18	25
	0,4%	0,3%	0,5%
Verkehrsunfallsachen	300	308	253
	5,3%	5,7%	4,6%
Kaufsachen	573	456	619
	10,1%	8,4%	11,3%
Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsentschädigung)	101	744	74
	1,8%	13,7%	1,4%
Reisevertragssachen	11	14	15
	0,2%	0,3%	0,3%
Miet-/Kredit-/Leasingsachen	537	517	396
	9,4%	9,5%	7,2%
Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	88	80	70
	1,5%	1,5%	1,3%
gewerblicher Rechtsschutz	143	97	118

	2,5%	1,8%	2,2%
sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	82	90	78
	1,4%	1,7%	1,4%
Wohnungseigentumssachen betreffend Klagen Dritter	0	1	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Kapitalanlagesachen	66	82	33
	1,2%	1,5%	0,6%
Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfall- sachen)	647	586	609
	11,4%	10,8%	11,1%
technische Schutzrechte	2	4	3
	0,0%	0,1%	0,1%
Kartellsachen	10	15	8
	0,2%	0,3%	0,1%
Vergabesachen	1	0	1
	0,0%	0,0%	0,0%
Fluggastrechtesachen	5	5	7
	0,1%	0,1%	0,1%
sonstiger Verfahrensgegenstand	2.576	1.981	2.757
	45,3%	36,4%	50,4%
II. Beschwerden			
Eingänge	1.799	1.694	1.806
B Familiensachen			
I. Familiensachen in der Rechtsmittelinstanz (UF)			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.590	1.589	1.506
Erledigungen	1.704	1.581	1.536
Unerledigt am Jahresende	900	762	732
b) Erledigte Verfahren			
davon waren			
Lebenspartnerschaftssachen	1	0	3
	0,1%	0,0%	0,2%
Familiensachen	1.514	1.375	1.283
	88,8%	87,0%	83,5%
Beschwerden in einstweiligen Anordnungsverfahren	189	206	250
	11,1%	13,0%	16,3%
c) Mit den erledigten Verfahren waren an Verfahrensgegenständen ins- gesamt anhängig	1.779	1.658	1.590
davon betrafen			
Scheidung	73	74	35
	4,1%	4,5%	2,2%
andere Ehesachen	2	4	1
	0,1%	0,2%	0,1%
elterliche Sorge	508	440	517
	28,6%	26,5%	32,5%
Umgangsrecht (auch § 165 FamFG)	204	200	196
	11,5%	12,1%	12,3%
Kindesherausgabe	12	22	13
	0,7%	1,3%	0,8%
Unterhalt für das Kind	207	184	159
	11,6%	11,1%	10,0%
sonstige Unterhaltssachen (auch nach §§ 1615I, 1615m BGB)	1	3	1
	0,1%	0,2%	0,1%
Unterhalt für den Ehegatten/Lebenspartner	156	133	109
	8,8%	8,0%	6,9%
Versorgungsausgleich	320	322	279
	18,0%	19,4%	17,5%
Ehewohnung und/oder Hausrat	32	22	28
	1,8%	1,3%	1,8%
Güterrechtssache	60	59	51
	3,4%	3,6%	3,2%

Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung nach § 1 GewSchG	62 3,5%	83 5,0%	74 4,7%
Wohnungsüberlassung nach § 2 GewSchG	16 0,9%	12 0,7%	17 1,1%
Unterbringungen und freiheitsentziehende Maßnahmen nach § 1631b BGB	12 0,7%	8 0,5%	14 0,9%
Unterbringung, freiheitsentziehende Maßnahmen und ärztliche Zwangsmaßnahmen nach § 151 Nr. 7 FamFG	4 0,2%	2 0,1%	1 0,1%
Behandlung von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung nach § 1631e Absatz 3 BGB	--- ---	0 0,0%	0 0,0%
sonstige Kindschaftssache	2 0,1%	0 0,0%	4 0,3%
Abstammungssache	15 0,8%	10 0,6%	6 0,4%
Adoptionssache	10 0,6%	13 0,8%	10 0,6%
Aufhebung/Feststellung der Lebenspartnerschaft nach § 269 Abs. 1 Nr. 1 und 2 FamFG	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
sonstige Familiensache nach § 266 FamFG	49 2,8%	43 2,6%	52 3,3%
weitere Familiensache	34 1,9%	24 1,4%	23 1,4%
II. Sonstige Beschwerden in Familiensachen			
Eingänge	1.412	1.349	1.321
C Strafsachen			
I. Strafsachen in erster Instanz			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	6	6	4
Erledigungen	2	4	6
Unerledigt am Jahresende	7	8	6
II. Strafsachen in der Revisionsinstanz			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	269	255	255
Erledigungen	262	269	245
Unerledigt am Jahresende	74	60	70
III. Geschäftsanfall an sonstigen Verfahren			
Beschwerden in Strafsachen	856	860	813
Anträge auf Haftentscheidung nach §§ 121 ff. StPO	623	637	595
Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 172 StPO	124	132	105
Auslieferungsverfahren	282	326	325
Verfahren nach § 23 EGGVG	22	35	24
Anträge nach § 51 RVG	33	31	26
D Bußgeldverfahren			
I. Rechtsbeschwerden und Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerden			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.499	1.136	1.040
Erledigungen	1.487	1.150	1.071
Unerledigt am Jahresende	249	234	203
b) Erledigte Verfahren	1.487	1.150	1.071
davon waren			
Rechtsbeschwerden gegen ein Urteil	676 45,5%	725 63,0%	679 63,4%
Rechtsbeschwerde gegen einen Beschluss nach § 72 OWiG	0 0,0%	4 0,3%	7 0,7%

Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde nach § 80 Abs. 1 OWiG			
	811 54,5%	421 36,6%	385 35,9%
II. Sonstiger Geschäftsanfall			
Beschwerden in Bußgeldverfahren (einschl. Kostenbeschwerden)	0	8	1
Einsprüche nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	0	0	0
Generalstaatsanwaltschaft			
A Ermittlungsverfahren (OJs)			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	29	58	12
Erledigungen	22	33	27
Unerledigt am Jahresende	39	64	49
B Ermittlungsverfahren (Js)			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.916	2.836	1.828
Erledigungen	1.945	2.286	1.909
Unerledigt am Jahresende	261	811	730
C Andere Geschäfte			
Revisionen	307	309	310
Rechtsbeschwerden nach dem OWiG	1.494	1.151	1.069
Beschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen	841	815	753
Beschwerden gegen Staats-/Anwälte (Zs)	2.276	2.250	2.193
Haftprüfungsverfahren	652	693	643
Aus- und Durchlieferungssachen	416	470	490
Berufsgerichtliche Verfahren	869	810	558
Entscheidungen in Vorverfahren und sonstige Verfahren nach §§ 23 bis 30a EGGVG	1	5	31
Rechtssachen (Vertretung des Fiskus)	201	272	228
Entschädigungssachen nach dem StrEG	164	138	174
Rechtshilfeangelegenheiten mit dem Ausland	736	670	685
Kartellbußgeldsachen	5	1	13
Verwaltungsgerichte			
A Hauptverfahren			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	8.914	10.445	12.677
darunter Asylsachen	4.210	5.401	6.473
Erledigungen	11.992	11.352	11.973
darunter Asylsachen	7.270	6.366	6.746
Unerledigt am Jahresende	16.601	15.734	16.459
darunter Asylsachen	8.937	7.979	7.699
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)			
davon entfielen auf die Sachgebiete	11.992	11.352	11.973
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	64	57	64
	0,5%	0,5%	0,5%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	321	284	323
	2,7%	2,5%	2,7%
Numerus-clausus-Verfahren	6	10	9
	0,1%	0,1%	0,1%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	661	692	898
	5,5%	6,1%	7,5%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	901	924	860
	7,5%	8,1%	7,2%
Ausländerrecht	933	1.160	1.217
	7,8%	10,2%	10,2%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren (Asylrecht und Verteilung von Asylbewerbern)	6.242	4.816	5.213
	52,1%	42,4%	43,5%

Asylrecht - Hauptsacheverfahren (Dublin-Verfahren nach § 29 Abs. 1 Nr. 1a AsylG)	657 5,5%	1.142 10,1%	996 8,3%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG)	371 3,1%	408 3,6%	537 4,5%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	249 2,1%	301 2,7%	246 2,1%
Umweltrecht	162 1,4%	125 1,1%	167 1,4%
Abgabenrecht			
- ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen			
- ohne hochschulrechtliche Abgaben			
- ohne Sondernutzungsgebühr	442 3,7%	329 2,9%	394 3,3%
Vermögens- und SED-Rehabilitierungsrecht	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Recht des öffentlichen Dienstes	512 4,3%	549 4,8%	502 4,2%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	45 0,4%	53 0,5%	43 0,4%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	337 2,8%	405 3,6%	426 3,6%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1.1.2005)	0 0,0%	2 0,0%	1 0,0%
Sonstiges	89 0,7%	95 0,8%	77 0,6%

B Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz und sonstige Verfahren

I. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	3.494	4.011	4.865
darunter Asylsachen	1.276	1.840	2.471
darunter NC-Verfahren	297	310	326
Erledigungen	3.436	4.032	4.661
darunter Asylsachen	1.231	1.727	2.358
darunter NC-Verfahren	332	297	291
Unerledigt am Jahresende	820	809	1.020
darunter Asylsachen	124	237	352
darunter NC-Verfahren	101	119	155
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	3.436	4.032	4.661
davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	28 0,8%	34 0,8%	27 0,6%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	86 2,5%	126 3,1%	145 3,1%
Numerus-clausus-Verfahren	332 9,7%	297 7,4%	291 6,2%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	61 1,8%	81 2,0%	79 1,7%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	418 12,2%	354 8,8%	320 6,9%
Ausländerrecht	645	671	708

	18,8%	16,6%	15,2%
Asylrecht - Eilverfahren (Asylrecht und Verteilung von Asylbewerbern)	487	677	1.014
	14,2%	16,8%	21,8%
Asylrecht - Eilverfahren (Dublin-Verfahren nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 AsylG)	523	793	659
	15,2%	19,7%	14,1%
Asylrecht - Eilverfahren (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG)	221	257	685
	6,4%	6,4%	14,7%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	92	81	111
	2,7%	2,0%	2,4%
Umweltrecht	40	51	32
	1,2%	1,3%	0,7%
Abgabenrecht			
- ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen			
- ohne hochschulrechtliche Abgaben			
- ohne Sondernutzungsgebühr	33	97	56
	1,0%	2,4%	1,2%
Recht des öffentlichen Dienstes	224	211	215
	6,5%	5,2%	4,6%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	27	24	23
	0,8%	0,6%	0,5%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	186	240	261
	5,4%	6,0%	5,6%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1.1.2005)	0	1	2
	0,0%	0,0%	0,0%
Sonstiges	33	37	33
	1,0%	0,9%	0,7%
II. Vollstreckungsverfahren	171	134	144
III. Sonstige Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	267	347	321
Hessischer Verwaltungsgerichtshof			
A Hauptverfahren in erster Instanz			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	77	58	72
Erledigungen	69	83	55
Unerledigt am Jahresende	208	183	201
B Berufungen mit Anträgen auf Zulassung, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Disziplinar- und Personalvertretungssachen			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.251	997	1.554
darunter Asylsachen	775	580	1.004
Erledigungen	1.423	1.432	1.431
darunter Asylsachen	1.009	1.081	975
Unerledigt am Jahresende	3.285	2.854	2.994
darunter Asylsachen	1.694	1.196	1.227
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	1.423	1.432	1.431
davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	6	7	4
	0,4%	0,5%	0,3%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	26	19	24
	1,8%	1,3%	1,7%

Numerus-clausus-Verfahren	2 0,1%	0 0,0%	2 0,1%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	41 2,9%	73 5,1%	42 2,9%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	74 5,2%	50 3,5%	75 5,2%
Ausländerrecht	26 1,8%	41 2,9%	44 3,1%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren (Asylrecht und Verteilung von Asylbewerbern)	1.001 70,3%	1.073 74,9%	948 66,2%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren (Dublin-Verfahren nach § 29 Abs. 1 Nr. 1a AsylG)	4 0,3%	7 0,5%	22 1,5%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG)	4 0,3%	1 0,1%	5 0,3%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städte- bauförderungsrecht einschließlich Enteignung	27 1,9%	16 1,1%	46 3,2%
Umweltrecht	18 1,3%	11 0,8%	24 1,7%
Abgabenrecht			
- ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Ver- einigungen			
- ohne hochschulrechtliche Abgaben			
- ohne Sondernutzungsgebühr	47 3,3%	28 2,0%	55 3,8%
Recht des öffentlichen Dienstes	66 4,6%	80 5,6%	101 7,1%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	4 0,3%	9 0,6%	10 0,7%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergar- tenrecht, Kriegsfolgenrecht	39 2,7%	12 0,8%	21 1,5%
Sonstiges	38 2,7%	5 0,3%	8 0,6%

**C Beschwerden gegen Entscheidungen mit Anträgen auf Zulas-
sung/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz und
sonstige Verfahren**

**I. Beschwerden gegen Entscheidungen mit Anträgen auf Zulas-
sung/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz**

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	501	486	525
Erledigungen	482	518	459
Unerledigt am Jahresende	190	156	224
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	482	518	459
davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, Staatsauf- sicht	2 0,4%	6 1,2%	5 1,1%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	20 4,1%	21 4,1%	22 4,8%
Numerus-clausus-Verfahren	40 8,3%	13 2,5%	35 7,6%

Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	29 6,0%	24 4,6%	31 6,8%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	94 19,5%	113 21,8%	89 19,4%
Ausländerrecht	127 26,3%	175 33,8%	120 26,1%
Asylrecht - Eilverfahren (Asylrecht und Verteilung von Asylbewerbern)	8 1,7%	13 2,5%	2 0,4%
Asylrecht - Eilverfahren (Dublin-Verfahren nach § 29 Abs. 1 Nr. 1a AsylG)	0 0,0%	1 0,2%	4 0,9%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	52 10,8%	30 5,8%	38 8,3%
Umweltrecht	11 2,3%	24 4,6%	14 3,1%
Abgabenrecht			
- ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen			
- ohne hochschulrechtliche Abgaben			
- ohne Sondernutzungsgebühr	9 1,9%	14 2,7%	8 1,7%
Recht des öffentlichen Dienstes	67 13,9%	58 11,2%	58 12,6%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	0 0,0%	4 0,8%	4 0,9%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	18 3,7%	16 3,1%	20 4,4%
Sonstiges	5 1,0%	6 1,2%	9 2,0%
II. Sonstige Beschwerden	300	291	320

Hessisches Finanzgericht

A Klagen

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.165	1.129	1.412
Erledigungen	1.359	1.218	1.171
Unerledigt am Jahresende	1.440	1.351	1.594
b) Gegenstände der erledigten Verfahren	1.764	1.599	1.524
davon entfielen auf die Sachgebiete			
Gewinneinkünfte	263 14,9%	234 14,6%	235 15,4%
Überschusseinkünfte	143 8,1%	190 11,9%	139 9,1%
Sonstige Steuern von Einkommen einschließlich nichteinkunftsartspezifische Streitpunkte	77 4,4%	94 5,9%	75 4,9%
Steuern von Einkommen, die (noch) nicht den Sachgebieten Gewinn- und Überschusseinkünfte und sonstige Steuern von Einkommen zugeordnet werden konnten	3 0,2%	2 0,1%	6 0,4%
Körperschaftssteuer	73 4,1%	63 3,9%	60 3,9%
Objektbezogene Steuern	172 9,8%	145 9,1%	162 10,6%
Verkehrssteuer	276	235	227

	15,6%	14,7%	14,9%
Verbrauchssteuer und einzelne Angelegenheiten nach § 33 Absatz 1 FGO	28	27	21
	1,6%	1,7%	1,4%
Kindergeld nach EStG einschließlich Rückforderungen, Prämien, Zulagen und sonstige Förderungsleistungen (einschließlich Familienleistungsausgleich)	265	233	210
	15,0%	14,6%	13,8%
Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Bewertung und Zerlegung	213	148	149
	12,1%	9,3%	9,8%
Haftung für Steuern, AO/FGO-Sachen, Steuerberatungssachen und sonstige Verfahren	247	228	240
	14,0%	14,3%	15,7%
Vollschätzfälle	4	0	0
	0,2%	0,0%	0,0%
B Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	258	270	256
Erledigungen	294	264	237
Unerledigt am Jahresende	64	70	90
b) Erledigte Verfahren	294	264	237
davon waren			
Anträge auf Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz nach § 69 Abs. 3 FGO	265	222	219
	90,1%	84,1%	92,4%
Anträge auf Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz nach § 114 FGO	29	42	18
	9,9%	15,9%	7,6%
C Sonstige Verfahren			
Kostensachen	44	65	47
Sonstige selbständige Verfahren	4	9	7
Arbeitsgerichte			
A Urteils- und Beschlussverfahren (Normalverfahren)			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	23.426	24.515	26.212
Erledigungen	24.025	23.408	24.945
Unerledigt am Jahresende	7.777	8.930	10.226
davon waren			
1. Urteilsverfahren			
Eingänge	21.485	23.361	25.203
Erledigungen	22.145	22.293	23.881
Unerledigt am Jahresende	7.353	8.464	9.815
2. Beschlussverfahren			
Eingänge	1.941	1.154	1.009
Erledigungen	1.880	1.115	1.064
Unerledigt am Jahresende	424	466	411
B Sozialkassenklagen			
Eingänge	4.191	3.277	3.432
Erledigungen	4.727	3.934	3.233
Unerledigt am Jahresende	2.176	1.522	1.723
C Eingänge Mahnverfahren			
davon waren			
1. Normalverfahren	1.380	1.380	1.652
2. Sozialkassenverfahren	21.711	15.208	21.854
Hessisches Landesarbeitsgericht			
A Berufungen und Beschwerdeverfahren in Beschlussssachen nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.920	1.451	1.422

Erledigungen	1.765	1.624	1.672
Unerledigt am Jahresende	1.735	1.561	1.311
davon waren			
1. Berufungen			
Eingänge	1.756	1.243	1.264
Erledigungen	1.581	1.468	1.457
Unerledigt am Jahresende	1.636	1.410	1.217
2. Beschwerdeverfahren in Beschluss-sachen nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG			
Eingänge	164	208	158
Erledigungen	184	156	215
Unerledigt am Jahresende	99	151	94
B Beschwerdeverfahren nach §§ 78, 83 Abs. 5 ArbGG			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	499	353	313
Erledigungen	470	364	323
Unerledigt am Jahresende	140	130	121
Sozialgerichte			
A Einstweiliger Rechtsschutz			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.617	1.700	1.766
Erledigungen	1.624	1.704	1.756
Unerledigt am Jahresende	198	195	205
B Klageverfahren			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	16.976	15.498	15.301
Erledigungen	19.736	17.426	16.666
Unerledigt am Jahresende	28.863	26.925	25.564
b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet	19.736	17.426	16.666
Krankenversicherung ohne Verfahren nach § 7a SGB IV und ohne Betriebsprüfungen nach §§ 28p u. 28q SGB IV <u>ab 2024</u> : Angelegenheiten der Krankenversicherung, Gesamtsozialversicherungsbeiträge und Nebengebiete ohne Angelegenheiten nach § 7a SGB IV sowie Betriebsprüfungen nach §§ 28p und 28q SGB IV	6.261 31,7%	3.994 22,9%	3.365 20,2%
Vertrags (zahn)- arztangelegenheiten <u>ab 2024</u> : Angelegenheiten nach § 12 Absatz 3 SGG	504 2,6%	779 4,5%	515 3,1%
Pflegeversicherung	638 3,2%	746 4,3%	813 4,9%
Unfallversicherung	1.001 5,1%	936 5,4%	987 5,9%
Rentenversicherung ohne Verfahren nach § 7a SGB IV und ohne Betriebsprüfungen nach §§ 28p u. 28q SGB IV	2.340 11,9%	2.284 13,1%	2.214 13,3%
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit <u>ab 2024</u> : Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit ohne Streitigkeiten nach dem BKGG und dem SGB II	1.465 7,4%	1.285 7,4%	1.129 6,8%
Angelegenheiten nach dem SGB II sowie §§ 6a und 6b BKGG	3.454 17,5%	3.204 18,4%	3.109 18,7%
Angelegenheiten nach dem SGB XII, einschl. der Angelegenheiten nach Teil 2 SGB IX	644 3,3%	655 3,8%	796 4,8%
Angelegenheiten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	284 1,4%	422 2,4%	231 1,4%
Versorgungs- und Entschädigungsrecht	171 0,9%	174 1,0%	167 1,0%

Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX <u>ab 2024</u> : Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach § 152 SGB IX	2.573 13,0%	2.542 14,6%	2.868 17,2%
Sonstige Angelegenheiten	172 0,9%	127 0,7%	190 1,1%
Verfahren nach § 7a SGB IV sowie Betriebsprüfungen nach §§ 28p und 28q SGB IV	229 1,2%	278 1,6%	282 1,7%

Hessisches Landessozialgericht

A Erstinstanzliche Klagen

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	4	3	7
Erledigungen	3	3	6
Unerledigt am Jahresende	1	0	0

B Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz nach § 86b SGG

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	3	1	4
Erledigungen	2	0	4
Unerledigt am Jahresende	1	1	0

C Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz nach § 29 SGG

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	28	9	62
Erledigungen	29	9	64
Unerledigt am Jahresende	1	1	0

D Normenkontrollverfahren

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1	0	0
Erledigungen	0	0	0
Unerledigt am Jahresende	1	1	1

E Berufungsverfahren

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.559	1.481	1.562
Erledigungen	1.635	1.427	1.584
Unerledigt am Jahresende	2.035	2.090	2.067
b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet	1.635	1.427	1.584
Krankenversicherung ohne Verfahren nach § 7a SGB IV und ohne Betriebsprüfungen nach §§ 28p u. 28q SGB IV <u>ab 2024</u> : Angelegenheiten der Krankenversicherung, Gesamtsozial- versicherungsbeiträge und Nebengebiete ohne Angelegenheiten nach § 7a SGB IV sowie Betriebsprüfungen nach §§ 28p und 28q SGB IV	293 17,9%	266 18,6%	298 18,8%
Vertrags (zahn)- arztangelegenheiten <u>ab 2024</u> : Angelegenheiten nach § 12 Absatz 3 SGG	65 4,0%	44 3,1%	29 1,8%
Pflegeversicherung	36 2,2%	62 4,3%	33 2,1%
Unfallversicherung	180 11,0%	177 12,4%	224 14,1%
Rentenversicherung ohne Verfahren nach § 7a SGB IV und ohne Betriebsprüfungen nach §§ 28p u. 28q SGB IV	339 20,7%	304 21,3%	274 17,3%
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit <u>ab 2024</u> : Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit ohne Strei- tigkeiten nach dem BKGG und dem SGB II	82 5,0%	65 4,6%	90 5,7%
Angelegenheiten nach dem SGB II sowie §§ 6a und 6b BKGG	293	195	283

	17,9%	13,7%	17,9%
Angelegenheiten nach dem SGB XII, einschl. der Angelegenheiten nach Teil 2 SGB IX	104	73	73
	6,4%	5,1%	4,6%
Angelegenheiten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	7	13	3
	0,4%	0,9%	0,2%
Versorgungs- und Entschädigungsrecht	37	31	37
	2,3%	2,2%	2,3%
Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX <u>ab 2024</u> : Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach § 152 SGB IX	132	139	169
	8,1%	9,7%	10,7%
Sonstige Angelegenheiten	10	19	12
	0,6%	1,3%	0,8%
Verfahren nach § 7a SGB IV sowie Betriebsprüfungen nach §§ 28p und 28q SGB IV	57	39	59
	3,5%	2,7%	3,7%
F Beschwerden gegen Entscheidungen über die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	252	235	249
Erledigungen	251	229	280
Unerledigt am Jahresende	53	59	28
G Sonstige Beschwerden ohne Beschwerden gegen Entscheidungen über die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	328	239	297
Erledigungen	336	239	288
Unerledigt am Jahresende	127	127	137

Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz und für den Rechtsstaat:

Rechtsanwältin Aytül Otters wurde unter Berufung in ein ehrenamtliches Richteramt für die Zeit 1. August 2025 bis 31. Juli 2030 zur ehrenamtlichen Richterin bei dem Hessischen Anwaltsgerichtshof ernannt.

Bekanntmachung der Rechtsanwaltskammer Kassel:

Verwaltungsgebührenordnung der Rechtsanwaltskammer Kassel

I. Gebühren für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer Kassel

1. Für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft als Rechtsanwältin/Rechtsanwalt wird eine Gebühr von 180,00 € erhoben.
2. Für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft als Syndikusrechtsanwältin/ Syndikusrechtsanwalt wird eine Gebühr von 340,00 € erhoben.

3. Werden parallel die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft als Rechtsanwältin/ Rechtsanwalt und die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft als Syndikusrechtsanwältin/ Syndikusrechtsanwalt beantragt (sog. Kombi-Antrag) wird eine Gebühr von 400,00 € erhoben.
4. Zulassung als Berufsausübungsgesellschaft
 - a. Für die Zulassung einer Berufsausübungsgesellschaft (§ 59 f) wird eine Gebühr von 767,00 € erhoben, wenn es sich um eine Gesellschaft in einer Rechtsform des deutschen Rechts (§59b Abs. 2 Nr. 1 BRAO) handelt.
 - b. Handelt es sich um eine Berufsausübungsgesellschaft (§ 59f BRAO oder §§ 207a Abs.2, 59f BRAO) in einer Rechtsform im Sinne von § 59 b Abs. 2 Nr. 2 oder Nr. 3 oder § 207a BRAO beträgt die Gebühr 1.500,00 €.
 - c. Die Gebühr für die Bearbeitung einer Eintragung im Verzeichnis nach § 31 Abs. 4 BRAO beträgt bei einer Berufsausübungsgesellschaft in einer Rechtsform des deutschen Rechts 30,00 € und bei allen sonstigen Berufsausübungsgesellschaften 60,00 € , soweit sie auf einem Antrag, einer Anzeige oder einer Mitteilung beruht.
 - d. Die Gebühr für die Bearbeitung von Mitteilungen zu Personen, die befugt sein sollen, für Berufsausübungsgemeinschaften Dokumente mit einer nicht-qualifizierten elektronischen Signatur auf einem sicheren Übertragungsweg zu versenden (§ 21 RAVPV), ebenso wie die Bearbeitung von Änderungsmitteilungen hierzu, beträgt 15,00 €.
5. Für die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer Kassel nach Kanzleiverlegung wird eine Gebühr von 77,00 € erhoben; für eine Berufsausübungsgesellschaft beträgt die Gebühr 384,00 €.
6. Für die Bearbeitung eines Antrages auf Erstreckung einer bestehenden Syndikusrechtsanwaltszulassung auf weitere Arbeitsverhältnisse oder auf eine geänderte Tätigkeit wird eine Gebühr von 220,00 € erhoben.
7. Für die Bearbeitung eines Antrages einer Syndikusrechtsanwältin/eines Syndikusrechtsanwaltes auf Feststellung einer unwesentlich geänderten Tätigkeit wird eine Gebühr von 220,00 € erhoben.
8. Für die Bearbeitung eines Antrages auf Befreiung von der Kanzleipflicht (§§ 29, 29a BRAO) wird eine Gebühr von 50,00 € erhoben.

II. Gebühren für die Bestellung eines Vertreters

Für die Bestellung eines Vertreters wird eine Gebühr von 25,00 € erhoben.

III. Gebühren für das Verfahren für den Erwerb von Fachanwaltsbezeichnungen

Für das Verfahren nach der Fachanwaltsordnung beträgt die Gebühr 250,00 €; wird ein Fachgespräch durchgeführt, werden weitere 250,00 € erhoben.

IV. Gebühren für Ausstellung eines Anwaltsausweises

Für die Ausstellung eines EU-Ausweises ist eine Gebühr von 30,00 € zu entrichten.

V. Gebühr für die Registrierung in der Vollmachtsdatenbank

Für die Bearbeitung des Antrages auf Registrierung in die bei den Finanzbehörden geführte Vollmachtsdatenbank wird eine Gebühr in Höhe von 50,00 € erhoben.

VI. Mahngebühr bei Nichtvorlage des Fortbildungsnachweises gemäß § 15 FAO

Für den Fall, dass Fortbildungsnachweise gemäß § 15 FAO nicht unaufgefordert bis zum 01.04. des Folgejahres der Rechtsanwaltsammer Kassel vorgelegt werden, wird nach dem ersten Erinnerungsschreiben für jede weitere Mahnung eine Gebühr in Höhe von jeweils 20,00 € erhoben.

VII. Gleichwertigkeitsprüfung

Für die Bearbeitung eines Antrages auf Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen (Gleichwertigkeitsprüfung) wird eine Gebühr von 340,00 € erhoben.

VIII. Gebühren im Rahmen von Gutachtengutachten

Gutachten nach § 14 II RVG und Schiedsgutachten zwischen Kammermitglied und Mandant sind kostenlos. Für alle weiteren Gutachten ist eine Gebühr in Anlehnung an das JVEG in Höhe von 125,00 € /Std. zu zahlen. Die Rechtsanwaltskammer kann von der Erhebung der Gebühr im Einzelfall absehen.

VIV. Fälligkeit der Gebühren zu I. - VIII.

Die Gebühren der Nummern I. - VIII. werden bei Antragstellung fällig. Wenn die Gebühr durch eine Mitteilung oder Anzeige ausgelöst wird, wird sie mit der Mitteilung bzw. Anzeige fällig.

Rechtsanwaltskammer Kassel

(Baum)
Präsident

Bekanntmachung der Rechtsanwaltskammer Kassel:

Die Kammerversammlung der Rechtsanwaltskammer Kassel hat am 16.06.2025 folgende

Beitragsregelung für das Jahr 2026

beschlossen:

Beitragsordnung der Rechtsanwaltskammer Kassel

§ 1

- (1) Jedes Mitglied der Rechtsanwaltskammer Kassel zahlt einen Jahresbeitrag, den die Kammerversammlung alljährlich festsetzt.
- (2) Im Jahr 2026 beläuft sich dieser Beitrag auf insgesamt

465,00 €.

Der Jahresbeitrag in Höhe von **465,00 €** ist am 01.02.2026 fällig.

- (3) Geht der Beitrag nicht pünktlich ein, so wird ein Betrag von 10,00 € je Mahnung erhoben. Bleiben Mahnungen erfolglos, so wird der geschuldete Betrag nach § 84 BRAO beigetrieben.

§ 2

Ein Kammermitglied, das keine Rechtsanwaltspraxis ausübt oder von der Kanzlei-pflicht gemäß § 29 a BRAO befreit ist, zahlt denselben Beitrag gemäß § 1 Abs. 2.

Ein Kammermitglied, das gemäß § 60 Abs. II Nr. 3 BRAO Mitglied der Rechtsanwalts-kammer ist, zahlt den hälftigen Kammerbeitrag.

§ 3

Ein Kammermitglied, das erstmals zur Rechtsanwaltschaft zugelassen wird, zahlt im Zulassungsjahr keinen Kammerbeitrag.

§ 4

- (1) Bei neu aufgenommenen Kammermitgliedern beginnt die Beitragspflicht mit dem Monat, der auf die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer folgt. Der anteilige Beitrag wird einen Monat nach Beginn der Beitragspflicht fällig.
- (2) Bei Rechtsbeiständen beginnt die Beitragspflicht mit dem Monat, der auf die Auf-nahme in die Rechtsanwaltskammer folgt. Der anteilige Beitrag wird einen Monat nach Beginn der Beitragspflicht fällig.
- (3) Geht der Gesamtbeitrag nicht pünktlich ein, so findet in den Fällen des § 4 Abs. 1 - 2 der § 1 Abs. 3 Anwendung.
- (4) Die Beitragspflicht endet mit dem Monat, in dem die Mitgliedschaft in der Rechts-anwaltskammer Kassel endet. Zu viel gezahlte Beiträge zur Rechtsanwaltskam-mer werden zurückerstattet.
- (5) Jede Stundung endet mit der Beendigung der Mitgliedschaft.

Rechtsanwaltskammer Kassel

(Baum)

Stellenausschreibungen

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um die Stellen für:

Ordentliche Gerichtsbarkeit

1. die Präsidentin oder den Präsidenten des Landgerichts Hanau (R 4)

Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBI. vom 1. Dezember 2022 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 675 ff., Anlage 1 Nr. 2.4) auszurichten.

Sozialgerichtsbarkeit

2. eine Vorsitzende Richterin oder einen Vorsitzenden Richter
am Hessischen Landessozialgericht (R 3)
bei dem Hessischen Landessozialgericht in Darmstadt

Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBI. vom 1. Dezember 2022 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 675 ff., Anlage 1 Nr. 2.3) auszurichten.

3. eine Vorsitzende Richterin oder einen Vorsitzenden Richter
am Hessischen Landessozialgericht (R 3)
bei dem Hessischen Landessozialgericht in Darmstadt

Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBI. vom 1. Dezember 2022 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 675 ff., Anlage 1 Nr. 2.3) auszurichten.

Ausgeschriebene Stellen können auch in Teilzeit besetzt werden.

Die hessische Justiz fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Erwünscht sind deshalb im Rahmen der rechtlichen Vorgaben für ausgeschriebene Stellen Bewerbungen von allen Menschen, unabhängig von rassistischen Zuschreibungen, ethnischer Herkunft, Geschlecht und geschlechtlicher Identität, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Aufgrund des Frauenförderplans besteht eine Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils.

Schwerbehinderte Richterinnen und Richter, Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind binnen drei Wochen auf dem Dienstweg an das Hessische Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat in Wiesbaden zu richten.

Eine Beschränkung des Auswahlverfahrens auf eventuelle Versetzungsbewerberinnen und -bewerber bleibt ebenso vorbehalten wie eine an Verwaltungsbelangen orientierte Ermessensentscheidung zwischen mehreren Versetzungsbewerberinnen und -bewerbern.

Herausgeber: Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat,
Wiesbaden

ISSN 0022-7064 Kontakt jmb1@hmdj.hessen.de

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt:

Ministerialdirigent Nimmerfroh,
Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat,
Luisenstraße 13, 65185 Wiesbaden

Das Blatt erscheint in der Regel monatlich einmal. Einzelstücke in Papierform können gegen Entgelt bei dem Hessischen Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat angefordert werden.

Hinweise zum Datenschutz sind ersichtlich auf der Internet-Seite des Hessischen Ministeriums der Justiz und für den Rechtsstaat unter www.justizministerium.hessen.de.